



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/XI/48 - 27. Februar 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 089 899

Hinweise
auf den Inhalt:

Eisiges Bonn- Moskau-Klima	S. 1
Wahlen brachten keine Klärung - Bericht aus Athen -	S. 3
Das Bremer Wohnungsbau-Programm	S. 4
Aktionsunfähige Ruhrkohlenorganisation	S. 4

Schwerer Start für Haas

sp. In dieser Woche wird Botschafter Haas nach Moskau fahren. Die äusseren Umstände, unter denen er sein neues Amt antritt, sind nicht erfreulich. Es hat in letzter Zeit recht unliebsame Auseinandersetzungen zwischen Bonn und Moskau gegeben. Die Bundesregierung hat die beginnende Tätigkeit des Botschafters Zorin, die gewiss einige ungewöhnlich aktive Züge trug, mit äusserster Äußerung und mit Missbehagen betrachtet. Es folgten verschiedene indirekte Warnungen in der dem Kanzler nahestehenden Presse vor dem sowjetischen Botschafter - erinnert sei nur an die Kontroverse, die sich aus der Einladung des Rhein-Kuhr-Klubs an Zorin ergab.

Vor diesem unerfreulichen Hintergrund spielte sich auch die letzte Polemik zwischen der sowjetamtlichen "Istwestija" und dem Bonner Regierungsbulletin ab. Das Moskauer Blatt warf die Frage auf, was die Deutschen sich eigentlich bei der Unterzeichnung der Moskauer Vereinerung gedacht hätten, denn selbst Brantano müsse zugeben, dass gewisse Bonner Kreise normale Beziehungen zu Moskau eben nicht wollten. Das Bulletin antwortete, es dürfe von der Bundesregierung nicht verlangt werden, dass sie über die Vorleistung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen hinaus noch weitere Schritte unternähme, etwa in Richtung auf den raschen Abschluss eines Handelsvertrages. Beide Seiten beschuldigen sich gegenseitig der Nichterhaltung gegebener Zusagen, wobei das Schwergewicht der Bonner Argumentation auf dem Vorwurf liegt, die Sowjetunion habe seit der zweiten Genfer Konferenz nichts getan, um in der Deutschlandfrage voranzukommen. Beschuldigungen dieser Art führen aber praktisch keinen Schritt weiter, sie versperrten nur den Weg der vertrauens-

vollen Aussprache, der gerade die Aufnahme diplomatischer Beziehungen dienen sollte.

Dieses Auf-der-Stelle-Treten in der Frage der Wiedervereinigung und der Verzicht auf jede eigene deutsche Initiative waren ja auch ein Hauptmotiv für die Trennung der FDP von der bisherigen Koalition. Dehler hat in Stuttgart klar gesagt, die wesentliche Ursache für die zunehmenden Spannungen zwischen dem Kanzler und ihm hätten sich aus der Frage nach dem Grad des Einsatzes für die Wiedervereinigung ergeben. Der Außenminister hat sich, ebenfalls in einer Wahlversammlung in Baden-Württemberg, darüber sehr erregt gezeigt, insbesondere über die Behauptung Dehlers, schon 1954 hätte die Möglichkeit bestanden, zehntausend deutsche Gefangene freizubekommen, wenn eine parlamentarische Delegation aus Bonn nach Moskau gefahren wäre. Er hat diese Behauptung mit einer Reihe von konkreten Angaben gestützt und Brentano hat kein ausdrückliches und direktes Dementi gegeben, sondern sich lediglich über einen solchen Vorwurf empört gezeigt. Ohne auf den Vorgang selbst einzugehen, ist die Anklage Dehlers so schwerwiegend, dass sie mit einer Geste der Entrüstung nicht einfach aus der Welt geschafft werden kann.

Auf dem soeben abgeschlossenen 20. Kongress der KPdSU spielte die Deutschlandfrage so gut wie keine Rolle, eine umso grössere dafür der Ruf nach Abrüstung und Sicherheit. Diese Schwergewichtsverteilung entspricht voll der französischen These, die kürzlich der neue Außenminister in Paris, Pineau, mit der Forderung aufgestellt hat, zunächst einmal das Gespräch zwischen den vier Mächten über ein festumrissenes Abrüstungsprogramm wieder in Gang zu bringen, um dann auf diesem Umwege auch in der Sicherheits- und Deutschlandfrage weiterzukommen. Da sich eine mögliche Abrüstung aber nur in langwierigen Verhandlungen und zeitraubenden Stappen vollziehen kann, würde dieser Weg sehr leicht zu Lasten des gesamtdeutschen Interesses an einer Wiedervereinigung gehen, die sich umso schwieriger herbeiführen lassen wird, je länger man sie hinauszögert.

Diese Gefahr wird täglich grösser. Es ist Sache der Bundesregierung, ihr dadurch zu begegnen, dass sie als der Hauptbetroffene stärker als jeder andere praktische Vorschläge und Ideen entwickelt, die über den toten Punkt in der Deutschlandfrage hinauszuführen können. Genau das Gegenteil davon aber hat Außenminister von Brentano in seiner vielzitierten Frankfurter Rede als die Politik der Regierung Adenauers verkündet.

Was wird weiter in Griechenland?

Aus Athen schreibt uns ein gelegentlicher Mitarbeiter

Auch zehn Tage nach den Parlamentswahlen in Griechenland ist die Lage im Hinblick auf die Regierungsbildung und die wahrscheinliche weitere Entwicklung noch ganz ungewiss. Diese Unsicherheit hat ihren Grund vor allem in dem Wahlausgang selbst, der keine klare Entscheidung für die eine oder die andere Seite brachte.

Ziemlich allgemein hatte man, vor allem in ausländischen Beobachterkreisen, einen Sieg des Oppositionsblocks, der "Demokratischen Union" erwartet. Diese besteht aus sieben Parteien, die sich im Kampf gegen ein von der Regierung ausgeklügeltes Wahlsystem zusammengefunden hatten.

Die Opposition erhielt 51,3 % der Stimmen und 200.000 mehr als die Regierungspartei, die "Nationale Radikale Union", die 46 % der abgegebenen Stimmen errang. Die übrigen Prozente verteilen sich auf kleinere Parteien und Unabhängige, die jedoch auf Grund des Wahlgesetzes nicht im Parlament vertreten sein werden. Trotz dieser Zahlen wird die Regierungspartei 160 der insgesamt 300 Sitze im Parlament einnehmen. Dies erklärt sich aus zwei Gründen: aus dem Wahlsystem an sich und aus der Anwendung folgender Tricks: Die Regierung verteilte die Stimmen der Militärwahllokale in der Weise auf einige der 41 Wahlbezirke des Landes, dass sie dadurch in diesen die Mehrheit erhielt. (Nach den Angaben des Innenministeriums wählten 95 % der Soldaten für die Regierung). Führende Abgeordnete der Opposition haben gleich nach der Bekanntgabe der Wahlergebnisse erklärt, dass sie bei dem höchsten griechischen Verwaltungsgericht eine Klage wegen Fälschung und Beeinflussung der Stimmen der Soldaten anstrengen würden. Ferner drohte die Opposition, dass sie nicht im Parlament erscheinen werde, falls der Ministerpräsident Karamanlis ein neues Kabinett bilden werde, obwohl seine Partei, wie erwähnt, 200.000 Stimmen weniger als die Opposition erhielt. Es ist jedoch fast sicher, dass der König Karamanlis mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt wird.

Die gegenwärtige kritische innen- und aussenpolitische Situation Griechenlands erfordert jedoch eine starke Regierung, die sich gleichzeitig auf eine Mehrheit im Volke stützen kann. Deshalb ist es sehr fraglich, ob sich Karamanlis im Amte wird halten können. Nach der Ansicht der meisten ausländischer Korrespondenten und diplomatischen Beobachter

in Athen wäre der einzige Weg aus dem Dilemma, das die Wahlen schufen, die Ausschreibung von Neuwahlen nach dem Verhältniswahlssystem. Dieses gäbe nicht nur den beiden grossen politischen Blöcken, sondern auch den kleineren Parteien die Gelegenheit, ihre Anliegen im Parlament vertreten zu können.

Es ist aber noch zu früh, um sagen zu können, wie sich die komplizierte innenpolitische Lage weiter entwickeln wird. Jedoch wird man folgende Lehren aus den Resultaten der griechischen Februar-Wahlen berücksichtigen müssen. Die Frauen, die zum ersten Mal an den Parlamentswahlen teilnehmen durften, haben in überwiegenden Mehrheit konservativ gestimmt. Ebenso wählte ein grosser Teil der Bevölkerung aus einem besonderen psychologischen Grunde 'rechts', nämlich der Erinnerung an den kommunistischen Aufstand in den Nachkriegsjahren. Die amerikanische und englische Diplomatie haben mit allen Mitteln der Propaganda die Regierung Karamanlis während des Wahlkampfes unterstützt, da sie in der Zypernfrage immer eine sehr gemässigte und zurückhaltende Politik betrieb.

Die Frage ist auch vor allem, ob diese moralische Hilfe des Auslandes genügen wird, einer Regierung mit nur schwacher Überlegenheit im Parlament, das am 2. April zusammengerufen werden wird, eine lange Amtszeit zu sichern.

+ + +

40.000 Wohnungen in vier Jahren

M.Th.-Bremen

Im September 1955, vier Wochen vor der Bremer Bürgerschaftswahl, legte die Sozialdemokratische Partei mit ihrem "Bremen-Plan" der Öffentlichkeit das Regierungsprogramm für die kommende Legislaturperiode vor. Der Wohnungsbau nahm in diesem Programm eine zentrale Stellung ein; die Errichtung von 40 000 Wohnungen in vier Jahren wurde als wichtigste Verpflichtung in das Wahlprogramm aufgenommen. Die Bevölkerung hat sich dann am 9. Oktober 1955 mit grosser Mehrheit zu diesem sozialdemokratischen Aufbauprogramm bekannt.

In diesen Tagen, keine fünf Monate nach der Wahl, hat die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit grosser Mehrheit ein "Gesetz zur Behebung der Wohnungsnot im Lande Bremen" verabschiedet und damit die Erfüllung des sozialdemokratischen Regierungsprogramms zur Verpflichtung des Bremischen Stadt-Staates gemacht. Der Gesetzentwurf wurde als Initiativgesetz mit den Unterschriften der Koalitionsparteien SPD, CDU und - 5 -

FDP eingebracht.

Großzügige Förderungsmaßnahmen

Die SPD drängte auf schnelle Verabschiebung ihres Wohnungsbaugesetzes. Sie liess sich von dem Gedanken leiten, dass ein Großteil der Wohnungssuchenden in Bremen durch kein Sonderprogramm berücksichtigt wird und noch jahrelang ohne ausreichenden Wohnraum bleiben müsste, wenn nicht der Staat mit großzügigen Förderungsmaßnahmen eingreift. Deshalb wurde auch die Anerkennung des sozialdemokratischen Wohnungsbauprogramms bei den Koalitionsverhandlungen zur Bedingung gemacht, eine Forderung, der sich CDU und FDP angesichts der Wohnungsnot nicht verschliessen konnten.

Mit der Aufnahme des Gesetzes ist der Weg frei für den Bau von 40 000 Wohnungen, die in den vier Jahren von 1957 bis 1961 errichtet werden sollen. 70 Prozent der jährlich 10 000 Wohnungen werden als Mietwohnungen zu Richtsatzmieten, die restlichen 30 Prozent als Eigenheime, Kleinsiedlungen und Kaufeigenheime gebaut. Die Förderung des Landes besteht in der Gewährung von öffentlichen Wohnungsbaukrediten, in der Übernahme von Bürgschaften und der Gewährung von Zins- und Tilgungshilfen für Kapitalmittel.

Die finanziellen Belastungen, die das kleine Land Bremen auf sich nimmt, sind erheblich, aber notwendig, solange der Bund Förderungsmitel für den sozialen Wohnungsbau nicht in ausreichendem Masse zur Verfügung stellt. Bremen übernimmt bis zu 450 Millionen DM Bürgschaften; allein für die Zinssubventionen müssen in den Jahren der höchsten Belastung jährlich rund 20 Millionen DM aufgebracht werden.

Wenn sich Bremen zur Übernahme so langfristiger Belastungen bereit-erklärt, dann war dabei die Bekenntnis massgebend, dass es die Pflicht der Öffentlichkeit ist, nach der Stabilisierung der Wirtschafts- und Arbeitsverhältnisse und dem Ausbau der Häfen auch entscheidende Schritte zur Beseitigung der Wohnungsnot zu unternehmen. Dabei ausdrücklich berücksichtigt wird, dass nur Wohnungen zu tragbaren Mieten eine wirksame Mithilfe schaffen können. Deshalb sind die 7 000 Mietwohnungen jährlich auch nur solchen Wohnungssuchenden vorbehalten, deren Bruttoeinkommen nicht mehr als 500.-- DM beträgt, wobei die Grenze für jedes Familien-

mitglied um weitere 70 DM erhöht wird.

Die SPD gab den Anstoss

Bremen hat mit der Bebauung des durch Kriegseinwirkung völlig zerstörten Westens bereits vor zwei Jahren einen Beweis seiner großzügigen Wohnungsbauplanung geliefert. Der Bau von 40 000 Wohnungen in den nächsten Jahren wird alle bisherigen Planungen in den Schatten stellen. In beiden Fällen gab die Sozialdemokratische Partei den Anstoss für eine Wohnungsbauplanung, die weit über die Grenzen Bremens hinaus ihr Echo gefunden hat.

Wenn der Wohnungsbau als soziale Verpflichtung auch nicht zum Gegenstand parteitaktischer Auseinandersetzungen gemacht werden sollte, so darf um der geschichtlichen Wahrheit willen doch nicht verschwiegen werden, dass Bremen das einzige Bundesland ist, in dem die Sozialdemokratische Partei seit zehn Jahren in ununterbrochener Folge die stärkste und damit bestimmende Regierungspartei ist. Durch das Vertrauen der Wähler immer wieder in die höchste Verantwortung gestellt, hat sie bewiesen, dass man sehr wohl den Aufbau von Industrieanlagen, die Ausweitung der lebenswichtigen Häfen und die sozialen Verpflichtungen, die der Staat der Gemeinschaft gegenüber hat, zu einer konstruktiven und fruchtbaren Regierungsarbeit verbinden kann.

+ + +

Kohlennot und Preisfreigabe

Der Beratende Ausschuss der Montan-Union empfahl der Hoher Behörde das System der Höchstpreise zu verlassen und die Kohlenpreise freizugeben. Sollte sich die Hohe Behörde am 6. März dazu entschließen, so ist zumindest für die Bundesrepublik eine katastrophale Preisentwicklung bereits abzusehen.

figs. Der Zusammenbruch der Kohlenversorgung steht für einige Landesteile der Bundesrepublik bevor, vor allem dann, wenn die Kälteperiode auch nur noch eine Weile anhält und die Gemeinschaftsorganisation Ruhrkohle nicht entsprechende Maßnahmen einleitet. Selbst Nordrhein-Westfalen muss damit rechnen. Die von GEORG abgegebene Erklärung, dass sie gar nicht für die Hausbrandversorgung des Reviers zuständig sei, wird von der Bevölkerung des Reviers nur mit Kopfschütteln aufgenommen. Dem Verbraucher interessiert es schliesslich sehr wenig, wie die Verteilung organisiert ist, sondern er fragt allein nach der vor seinen Augen geförderten Kohle. Da sie heute aber, vielfach selbst in den typischen Kohlenstädten nur eimerweise verkauft wird, zweifelt er, sehr wahrschein

lich mit Recht, an der Zweckmässigkeit der heutigen Kohlenverteilungsorganisation und auch an der Fähigkeit ihrer Leistung.

Es ist einfach ein unhaltbarer Zustand, wenn GEORG erklärt, keine Änderung der Zuteilungsquoten vornehmen zu können, wie es notwendig ist, um den Bedürfnissen des Hausbrandes gerecht zu werden. Das Groteske der Situation wird vor allem deutlich, wenn man erfährt, dass einzelne Zechen schon heute gezwungen sind, die für den Export vorgesehene Kohle auf Halde zu kippen, da ihr Abtransport auf dem Wasserwege nicht möglich ist und die Verlademöglichkeiten für die Schiene und Strasse nicht ausreichen. So gehen also einerseits täglich grosse volkswirtschaftliche Werte mangels Heizmaterial zugrunde und frieren Tausende, in deren Nähe die Kohle gefördert wird. Auf der anderen Seite wird Kohle auf Halde gekippt, nur weil es die auf normale Verhältnisse zugeschnittenen Bestimmungen so wollen. Dass ein besonderer Notstand besondere Massnahmen rechtfertigt, scheint in Essen ausserhalb der Überlegungen zu liegen.

So wenig aktionsfähig sich vom Blickpunkt der Verbraucher aus die Ruhrkohlenorganisation bei der ersten Belastungsprobe erwiesen hat, so wenig kann man leider annehmen, dass aus dieser schwierigen Situation auch in anderer Hinsicht Konsequenzen gezogen werden. Man stelle sich nur einmal vor, für die Ruhrkohle wären ab 1. Februar die Preise freigegeben worden. Niemand zweifelt wohl daran, dass dann die Kohlen heute eben so wie die Kartoffeln, Bier und das Gemüse u.a. Waren um 70 - 80 Prozent teurer wären. Schliesslich ist es eine Erfahrungstatsache, dass die derzeitigen verantwortlichen Wirtschaftspolitiker nichts unternehmen würden, um die Wiedereinführung von Festpreisen möglich zu machen, wenn die Situation eine Ausnutzung der freien Preise erlaubt. Die Katastrophe wäre dann vollständig.

Wenn also bisher schon nicht die Versorgung auf ungewöhnliche Ereignisse vorbereitet war, so sollte man nicht auch noch von der Preisseite her Ursache zu sozialen Notständen oder gar einem Chaos geben.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau